Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

März 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-
leninistische
Monatszeitschrift

DER FASCHISTENKONGREß VOM 21. FEBRUAR UND DIE NOTWENDIGE KONSEQUENZ

"... erklärte v. Thadden, die ständig gefährdete Lage des geteilten Deutschland erfordere zwingend, daß sich Widerstand gegen den Versuch einer linksradikalen Minderheit bilde, die freiheitliche Ordnung von innen her auszuhöhlen und Westdeutschland für eine ... Übernahme der Staatsmacht durch die Kommunisten sturmreif zu machen. ... Es gelte daher, die Öffentlichkeit aufzumuntern, sich einem solchen Treiben beherzt entgegenzustellen und der planmässigen Zersetzung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu widerstehen... Möglicherweise, so meinte v. Thadden, ließen sich für diese Sache auch Männer wie der Regierende Bürgermeister von Berlin ... gewinnen." (Zitiert aus dem Organ der NPD, "Deutsche Nachrichten", vom 1. Dezember 1967).

Die Hoffnung des Herrn Thadden auf "Männer wie der Regierende Bürgermeister von Berlin" zitierten wir bereits in der Dezembernummer des ROTEN MORGEN. Die Hoffnung des Herrn Thadden wurde erfüllt. Zwar durfte er bei der Schmierenkomödie vom 21. Februar noch nicht selbst aufs Treppchen steigen - das hätte sicher im Ausland einen sehr schlechten Eindruck gemacht! - aber die anderen besorgten auch so sein Geschäft. Da wurde tatsächlich nach Kräften "aufgemuntert" mit kernigen Sprüchen wie "Schluß jetzt mit dem Rüpelspiel", "wir haben es satt, daß Hauptverkehrsstrassen immer wieder blockiert werden" und "wer mit diesen Kräften gemeinsame Sache macht, ist mitschuldig. Der muß sich zur Rechenschaft ziehen lassen" (Amrehn). Besser hätte sicher auch Herr Thadden den Gröfaz nicht parodieren können!

Nachdem am Wochenende zuvor mehr als 15 000 Menschen gegen Kapitalismus und weltweite Ausbeutung demonstriert hatten, wollte die Westberliner Marionettenregierung den westdeutschen und US-Imperialisten mit einer gigantischen "Gedenkkundgebung" gefällig sein. Solche Kundgebungen werden in Westberlin gepflegt seit den Zeiten Otto Reuters als Mittel "Volksgemeinschaft" vorzutäuschen und den "Frontstadt"-Mythos zu kultivieren. Noch 1961 nach dem Ausbau der DDR-Staatsgrenze und 1963 beim Kennedy-Besuch leistete jeweils mehr als eine halbe Million Berliner den Reaktionären Gefolgschaft. Aber heute sind auch die Westberliner Reaktionäre nicht mehr imstande, nach Belieben Hunderttausende aufmarschieren zu lassen. Journalisten haben in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß der Kundgebungsplatz nur eben 10 000 qm groß ist, so daß auch dicht gedrängt vielleicht 40 000 Menschen Platz gehabt hätten, aber nicht - wie der Senat verkünden ließ - 150 000!

Die überwiegende Mehrheit der Westberliner Bürger - auch der proamerikanisch eingestellten - mißbilligt entschieden die Vorbereitung krimineller Handlungen gegen Andersdenkende, lehnt die Progromhetze der Springer-Presse ab, ist nicht bereit, sich vor den Karren neofaschistischer Gangster spannen zu lassen. Und von denen, die doch dem Ruf der Reaktionäre gefolgt waren, hielten viele kritische Transparente wie "Gegen jeden Krieg - Frieden in Vietnam" oder auch einfach "Berliner Zwischenmeisterbetriebe sehen ihre EXISTENZ bedroht".

Zieht man dazu noch den großen Anteil Neugieriger oder Abkommandierter ab (verschiedener Betriebe, vor allem jedoch die Behördenangestellten!), so bleibt allerdings ein trüber Bodensatz von organisierten Faschisten, Schlägertrupps, aufgeputschten Rentnern, wildgewordenen Kleinbürgern, hartgesottenen Reaktionären, kriminellen Elementen, irregeleiteten jungen Leuten und Angehörigen des Lumpenproletariats. An sie wandte sich SPD-Landesvorsitzender Mattick mit jenem "aufmunternden" Zuruf "Unruhestifter und Randalierer, die unsere Freiheit zerstören wollen, sollen dahin gehen, wo sie hergekommen sind!" Und die Faschisten

unten auf dem Platz kapierten.

An diesem einen Tag wurden nach den unvollständigen Angaben der Polizei 23 Menschen zusammengeschlagen; drei von diesen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ungenannte weitere wurden beleidigt oder tätlich angegriffen. 33 von ihnen wurden von der Polizei in "Schutzhaft" genommen. Verprügelt wurden Menschen, die Bart oder Brille trugen, die einen fremden Dialekt oder gar ausländisch sprachen, die es versäumt hatten, in das Gejohle der aufgeputschten Menge einzustimmen. Ein junger Lehrer aus der Schweiz, der eine Lynch-Szene fotographieren wollte, wurde von einer entmenschten Horde mit dem Ruf "der ist aus dem Osten!" durch die Straßen gejagt; Polizisten beobachteten zustimmend nickend das Treiben der Schläger.

Auch in der Westberliner Polizei setzen sich mehr und mehr die Führungskräfte durch, die sich schon unter dem Hitler-Faschismus "Verdienste" erworben haben, z.B. der Kommandeur der sogenannten "Schutz-Polizei", Werner, der sich als 1. Stabsoffizier beim SS- und Polizeiführer Oberitalien-Mitte um die Unterdrückung der italienischen Zivilbevölkerung verdient machte und dafür das "Banden-Kampfabzeichen" erhielt. Und da hat die Westberliner Marionettenregierung "harte Männer" wie Senatsrat Prill, der für den Posten eines Polizei-Vizepräsidenten vorgesehen ist. Gegenüber Studentenvertretern erläuterte Prill naßforsch seine Konzeption: "Die Demonstranten sollen ruhig kommen, die kriegen eins mit dem Knüppel auf den Hut. Das ist gleich ein gutes Übungsfeld für unsere Polizei."

Und da sind die vielen unteren Dienstgrade, die es lieben, im Schutz der Staatsmacht den starken Mann spielen zu dürfen. Nach dem 2. Juni lagen Anzeigen gegen 92 Schläger in Uniform vor. 82 dieser Verfahren wurden bis Mitte Februar "ergebnislos" eingestellt. Durch die internationale Presse ging z.B. das Foto von drei "Ordnungshütern", die mit verbissenen Gesichtern wie besessen auf einen am Boden liegenden jungen Mann einknüppeln. Die Namen der Täter sind bekannt. Im Kurras-Prozeß durften die drei Schläger sogar als "Zeugen" der Verteidigung auftreten. Plötzlich jedoch hieß es, die drei Beamten seien nicht namhaft zu machen. Verfahren eingestellt. Und auch die weiteren Verfahren gegen Schläger in Uniform, gegen Prügel-Perser, gegen den Studenten-Killer Kurras, gegen Fritz Teufel und andere Demonstranten beweisen klipp und klar, daß es lächerlich und gefährlich ist, sich auf die "Unabhängigkeit" und "Gerechtigkeit" bürgerlicher Gerichte zu verlassen.

Der Republikanische Club Westberlin hat jetzt angesichts der sich zuspitzenden Situation die Einrichtung einer Miliz als "Instrument ... demokratischer Gegengewalt" vorgeschlagen, um dem Terror zu begegnen. Ein solcher Schritt wäre nur zu begrüssen.

Die Organisierung demokratischer Selbstverteidigungsverbände ist die logische Schlußfolgerung aus den Ereignissen vom 2. Juni bis 21. Februar.

"Wir müssen die Notwehr organisieren", heißt es in dem dem Republikanischen Club nahestehenden "Extradienst". Es werde nicht mehr dabei bleiben dürfen, daß Linke verprügelt würden. "Wir machen unseren Vätern den Vorwurf, daß sie im Januar 1933 nicht zu den Waffen gegriffen und den Nazi-Terror im Ansatz erstickt haben. Wir dürfen den verhängnisvollen Fehler der Linken von 1933 nicht wiederholen." Durch "konzentrierte Hetze" sei ein "gesetzloser, verfassungsfeindlicher Zustand" eingetreten.

Kurz gemeldet

Mit einer spontanen Arbeitsniederlegung protestierten am 21. Februar 1400 Arbeiter der Rheinstahl Union Brückenbau gegen die Entlassung von Kollegen.

+ + +

Im Jahr 1967 hatten Hessens Unternehmer 1,6 % weniger Lohnauszahlungen zu leisten als 1966. Demgegenüber sind nach Angaben des Hess. Statist. Landesamtes von 495 Leistungen und Gütern des täglichen Bedarfs fast die Hälfte im Preis gestiegen, davon viele mehr als 5 %.

+ + +

Durch rücksichtslose Entlassungen, Automatisierung usw. ist die Arbeitsproduktivität 1967 im Bundesdurchschnitt um 10 % gestiegen. Die Unternehmerverbände sehen daher für 1968 Lohnerhöhungen um 4-5 % vor; man kann aber damit rechnen, daß die Konzerne sich diese Lohnerhöhung erst in einem Schauturnen mit den bürgerlichen Gewerkschaftsvertretern "abringen" lassen werden.

+ + +

Im Januar 1968 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 672 000 (3,2 %) gegenüber 2,4 % im Vormonat.

+ + +

Ein noch schwereres Jahr für die US-Imperialisten angebrochen

Der endgültige Untergang der US-Imperialisten rückt immer näher

In der amerikanischen Kleinstadt Orangeburg (South Carolina) fanden Anfang Februar die ersten großen Demonstrationen von Afroamerikanern im neuen Jahr statt. Nachdem die einzige Kegelbahn der Stadt "für Nigger verboten" worden war, kam es eine Woche lang täglich zu Protestversammlungen junger Afroamerikaner. Am späten Abend des 8. Februar schließlich eröffneten Einheiten der "Nationalgarde" und der örtlichen Polizei das Feuer auf farbige Studenten, die sich auf dem Universitätsgelände versammelt hatten. 3 Studenten wurden getötet, mehr als 40 weitere zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die Studenten leisteten erbitterte Gegenwehr, wobei es ihnen gelang, einen Polizeibeamten durch Kopfschuß außer Gefecht zu setzen.

Nach amerikanischen Statistiken kam es 1965 zu fünf "schweren Rassenkrawallen", 1966 zu 21 und 1967 sogar zu 75 "Krawallen". Erstmals wurden im vergangenen Jahr Panzer, Kampfhubschrauber, Fallschirmjäger und andere reguläre Truppen gegen die aufständischen Afroamerikaner eingesetzt. Andererseits traten in den Kämpfen des vergangenen Jahren erstmals organisierte Partisanen auf, die vielfach mit MG's ausgerüstet waren. Ferner hat die afroamerikanische Bevölkerung selbst eine Fülle neuer Waffen erfunden, die leicht herzustellen sind. Sicher wird es 1968 noch weit mehr bewaffnete Erhebungen und Aufstände der 22 Millionen Afroamerikaner geben als im Vorjahr.

Berichten des "Springer-Auslandsdienstes" vom 14. Februar zufolge treffen die Behörden überall in den USA umfangreiche konterrevolutionäre Vorbereitungen. "Der Kauf von Kriegsgeräten, z.B. Panzerwagen, ist eine normale Angelegenheit geworden, die nur durch die Höhe des jeweiligen Kommunalhaushaltes begrenzt wird." In Philadelphia läßt der örtliche Polizeichef 125 Scharfschützen ausbilden, insbesondere für den Einsatz von Hubschraubern. In Pittsburg wurde eine ständige "Anti-Aufruhr-Zentrale" eingerichtet. In den Wohnvierteln der Afroamerikaner "wimmelt es von Spionen ... und Agenten. Man könnte meinen, die Polizei bereite sich auf einen Krieg vor oder führe ihn bereits!", berichtete die amerikanische Zeitschrift "Esquire". Polizei, FBI und CIA haben zahlreiche Spitzel in die politischen Vereinigungen der Afroamerikaner eingeschleust. Diese Spitzel werden durch "verkappte Kanäle wie beispielsweise Fürsorgeämter" bezahlt. Vielfach wird auch der Versuch unternommen, arbeitslose oder völlig mittellose junge Afroamerikaner für "freiwillige Einsatztruppen" gegen ihre Klassenbrüder anzuheuern.

Auch korrumpierte Angehörige der afroamerikanischen "Mittelschicht" sind oft zu Handlangerdiensten bereit.

Außerdem werden faschistische Selbsthilfeorganisationen der weißen Bevölkerung gebildet aus Mitgliedern der Veteranenvereine, des Ku-Klux-Klan sowie der zahlreichen "Clubs" und Freizeitvereine. "Weiße" Arbeitslose werden, vor allem in den Südstaaten, systematisch rassistisch verhetzt und zum Kampf gegen ihre "schwarzen" Klassenbrüder geworben.

Gegenüber der Zeitschrift "Esquire" erklärte der Polizeichef von Philadelphia großmäulig: "Ich betrachte mich als Experten für Straßenkampf und Stadtkriegführung. Es mag sein, daß es hier zu einem Aufstand kommt, aber es wird der kürzeste Aufstand in der Geschichte sein.." In der Tat sollen derartig zynische Prahlereien nur verbergen, daß den "Verantwortlichen" und "Experten" das Herz ziemlich in die Hose gerutscht ist.

Selbstverständlich sind die US-Imperialisten in der Lage, eine große Anzahl Afroamerikaner zu ermorden. Zum Beispiel könnten ihre Wohnviertel mit Splitterbomben und Napalm belegt werden - das werden wir sicherlich noch erleben in den nächsten Jahren! Aber andererseits können die rebellierenden Afroamerikaner die Kommandozentralen des US-Imperialismus zertrümmern, die gesamte Energieversorgung der USA lahmlegen und ein gigantisches Chaos in allen Bereichen anrichten. Bereits bei den letzten "Unruhen" im vergangenen Jahr entstand insgesamt ein Schaden von vielen hundert Millionen Dollar. Der Bürgermeister von Detroit schätzte allein den in seiner Stadt entstandenen Sachschaden auf 500 Millionen Dollar (2 Milliarden Mark!), ungerechnet der gewaltigen Arbeitsausfälle z.B. der Automobilwerke.

Gleichzeitig mit den Afroamerikanern beginnen nunmehr auch große Teile der "weißen" Bevölkerung, sich aufzulehnen. Im letzten Jahr fanden zahlreiche Streiks

statt, die sich fast alle durch große Hartnäckigkeit und Konsequenz auszeichneten. In ihren Berichten darüber klagte die bürgerliche Presse der USA, 1967 sei "das schlimmste Jahr seit 1953" gewesen. Im neuen Jahr führte Mitte Februar der Streik der Angestellten der New Yorker Müllabfuhr zu einem absoluten Chaos in den Straßen der Millionenstadt. Besonders das Millionenheer der amerikanischen Arbeitslosen, aber auch Hilfsarbeiter, Hafenarbeiter und andere miserabel bezahlte Arbeiter sind immer weniger bereit, sich auf die "friedlichen" Kampfformen zu beschränken. So lieferten z.B. im Juli vergangenen Jahres 20 000 Arbeiter einer Werft in Newport der Polizei und Einheiten der "Nationalgarde" eine zweitägige blutige Straßenschlacht. In Detroit und zahlreichen anderen Städten kämpfte die besitzlose "weiße" Bevölkerung Seite an Seite mit den Afroamerikanern.

Die wachsende wirtschaftliche Misere liefert nunmehr große Teile des Kleinbürgertums der Deklassierung aus. Sie sind nicht mehr imstande, ihr "Sozialprestige" aufrechtzuerhalten; im extremsten Fall sinken sie sogar unter das Existenzminimum. Die Zahl der kleinen "Selbstständigen" nimmt rapide ab. Der "wildgewordene Kleinbürger" bestimmt daher mehr und mehr die innenpolitische Atmosphäre der USA. Ein Großteil dieser Menschen läuft faschistischen und rassistischen Rattenfängern nach. Für ihre Notlage finden sie eine metaphysische Erklärung in allerlei "Verschwörer"-Spinntisiererereien wie Antikommunismus, Antisemitismus, Haß auf die "Gelben" und "die Nigger, die uns die Arbeitsplätze wegnehmen" usw. Andererseits sind viele Menschen in den USA in der Lage, die Ursachen ihrer Deklassierung oder auch Verarmung zu erkennen. Sie beginnen, Widerstand gegen das kapitalistische System zu leisten - wobei sie zunächst natürlich alle Eigenheiten des kleinbürgerlichen Radikalismus an den Tag legen. In gewisser Weise läßt sich zum Beispiel auch der ganze "Hippy"-Rummel als eine solche kleinbürgerliche Widerstandsform definieren.

Darüber hinaus liegen sich auch die Angehörigen der herrschenden Klassen der USA laufend in den Haaren. Die einen möchten den Vietnamkrieg ausweiten, die anderen erst einmal eine Atempause einlegen. Unlängst erhob auch eine Gruppe der oppositionellen Republikanischen Partei schwere Vorwürfe gegen Johnson. Danach soll dieser Rüstungsaufträge vorwiegend in seinen Heimatstaat Texas verschoben und seinen Freunden lukrative Pöstchen verschafft haben. Den Angaben dieser Gruppe zufolge erhielt Texas zuzeiten Kennedys nur 3,1 % der Rüstungsaufträge, womit es unter den Bundesstaaten der USA an elfter Stelle lag. Heute jedoch steht Texas mit 10,7 % an zweiter Stelle! Derartige Dinge sind ein ständiger Zankapfel zwischen den verschiedenen US-Monopolen und ihren politischen Vertretern.

Die Widersprüche in den USA sind ohne Zweifel äußerst scharf und sie nehmen noch täglich an Schärfe zu. Viele westliche Kommentatoren halten bereits die Errichtung eines Militärregimes oder einer offenen faschistischen Diktatur in den USA nicht mehr für ausgeschlossen. In den herrschenden Kreisen der USA nimmt die Tendenz zu, durch Kriegsausweitungen und Wahnsinnshandlungen (Einsatz von Kernwaffen, Überfall auf China usw.) die Krise zu lösen. Das ist haargenau das Rezept des Hitler-Faschismus.

Der Hitlerfaschismus hat totalen Schiffsbruch erlitten - nachdem er mehr als 50 Millionen Menschen hingemordet hatte. Ohne Zweifel sind die US-Imperialisten heute fähig und bereit, gegebenenfalls noch weit mehr Menschen zu töten. Sie werden auch kaum von der Bühne der Geschichte abtreten, ohne das noch zu versuchen.

Letzten Endes werden die US-Imperialisten damit jedoch nur ihren eigenen Untergang beschleunigen. Bereits in der Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 wurde klargestellt: "Sollten die imperialistischen Tollhäusler allerdings einen Krieg entfesseln, so werden die Völker den Kapitalismus hinwegfegen und zu Grabe tragen." Auflange Sicht kann der US-Imperialismus seinem verdien ten Schicksal nicht entgehen!

"Wie bei allen anderen Reaktionären in der Geschichte, so wird sich herausstellen, daß auch die amerikanischen Reaktionäre keine Kraft besitzen. In den USA gibt es Menschen, die wirklich Kraft besitzen - das amerikanische Volk!"

Mao Tse-tung

R O T E R M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.
Erscheinungsweise vorläufig monatlich.
Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM. (Einschließlich Porto).
Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67
Verlag Ernst Aust
Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

ALBANIEN, LEUCHTFEUER DES SOZIALISMUS IN EUROPA

Knapp 3 Monate sind seit dem Erdbeben vergangen, das am 30. November 1967 schwere Schäden im Süden Jugoslawiens anrichtete. Die Zeitungen waren voll davon: Tote, Verletzte, Dörfer und Tausende Häuser zerstört. Eine Hilfsaktion rollte an. Spenden kamen aus den kapitalistischen und revisionistischen Staaten. Trotzdem wird es noch Monate dauern, bis die Erdbebenschäden in Jugoslawien einigermaßen behoben sind, bis die Familien, die heute noch in größter Not leben, wieder zufriedenstellend untergebracht sind.

Doch während unsere Presse in Mitleid mit Titos "Musterländle" triefte, wurde nur ganz am Rande erwähnt, daß es auch in Albanien zu Zerstörungen gekommen sein sollte. Die Nachricht stimmte. Auch Albanien, vorwiegend die Bezirke Dibra und Librazhd waren schwer vom Erdbeben heimgesucht worden. 12 Tote, 174 Verletzte, in 16 Orten und 117 Dörfern wurden mehr als 5000 Gebäude zum Teil schwer beschädigt.

Und was geschah? Wandte man sich hilfesuchend ans Ausland? Drehte man Däumchen und überließ es den Betroffenen, mit ihrem Schicksal irgendwie fertig zu werden? Nein, das sozialistische Albanien tat das, was in solch einem Falle ein sozialistischer Staat zu tun pflegt. Eine Welle der Volkssolidarität erfaßte das Land. Innerhalb weniger Tage sandte die albanische Regierung 15 000 Helfer, darunter tausende Spezialisten, modernste Baumaschinen, 500 Transportfahrzeuge, Lebensmittel und alle notwendigen Materialien in das Katastrophengebiet.

Und dann geschah das, was im Westen, in Tito-Jugoslawien und in den sich noch sozialistisch nennenden Ländern schier unmöglich ist. Innerhalb von vier Wochen, schon 24 Tage nach der Katastrophe, meldete der Bezirk Librazhd: 2177 Wohnobjekte, mehrere hundert beschädigte Wirtschaftsobjekte, Kulturgebäude, Schulen usw. restlos wiederhergestellt, zum Teil ausgebaut und verbessert, alle Schäden behoben. Fünf Tage danach, 29 Tage nach dem Erdbeben, meldete der Bezirk Dibra: 2755 beschädigte Gebäude repariert, 527 völlig zerstörte Objekte wiederaufgebaut, 436 Neubauten errichtet, 137 Objekte wie Brücken und dergleichen wiederinstandgesetzt und darüber hinaus viele kulturellen Zwecken dienende Gebäude, darunter 16 Schulen, neu errichtet!

Das ist Sozialismus, Sozialismus der Tat. Freiwillig, ohne Zwang, übten Albaner Solidarität mit ihren in Not geratenen Brüdern und Schwestern. Was ist denn Albanien und wer kennt es schon in Westdeutschland? Ein Land zwischen Jugoslawien und Griechenland mit rund 1,5 Millionen Einwohnern. Bürger, die bei uns das Wort Albanien hören, denken an Karl May und Moscheen, an Sümpfe, Malaria, analphabetische Bauern und wilde Skiptaren.

Wahr ist, daß die Albaner zu den ältesten Kulturvölkern Europas gehören. Sie stammen von den alten Illyrern und Thrakern ab, und schon der berühmte alexandrinische Gelehrte Ptolemäus hat sie vor 1800 Jahren als ein illyrisches Volk erwähnt. Wahr ist, daß die Albaner jahrhunderte lang sich gegen Unterdrückung durch fremde Eroberer wehren mußten und hervorragende Freiheitshelden, wie den Türkenbesieger von Kruja, den legendären Georg Kastrioti Skanderbeg hervorbrachten, dessen 500ster Todestag sich am 17. Januar dieses Jahres jährte. Wahr ist, daß Albanien sein Streben nach Unabhängigkeit und nationale Befreiung nie aufgab und einen heldenhaften Kampf gegen die faschistische Okkupation während des letzten Weltkrieges führte. Und wahr ist schließlich, daß das albanische Volk, eng verbunden mit der Partei der Arbeit, unter der Führung des Genossen Enver Hoxha, prinzipienfest und unerschütterlich erfolgreich den Sozialismus verwirklicht, daß Albanien neben der Volksrepublik China die Stossbrigade der Weltrevolution bildet.

Wie haben doch die sowjetischen Revisionisten geschäumt und gezetert, als das kleine Albanien es wagte, ihren Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus darzulegen. Offen riefen die Führer der KPdSU auf, die Führung der Partei des Staates in Albanien zu stürzen. Sie, die nichts dabei finden, das faschistische Regiem Indonesiens mit Waffen zu beliefern, die ihre diplomatischen Beziehungen zu Franco-Spanien enger zu knüpfen und die faschistische Regierung Griechenlands offen diplomatisch anzuerkennen, brachen rücksichtslos alle wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen (am 12.12.61) zu Albanien ab und beraubten das Land eigenmächtig seiner legetimen Rechte als Mitgliedstaat der Organisation des Warschauer Vertrages und des Rates für gegenseitige Wirtschafts-

hilfe. Kann es etwas Widerlicheres als diese Clique im Kreml geben, die sich als Beschützer der sozialistischen Staaten aufspielt, jedoch bei dem ersten Auftauchen einer anderen Meinung zu Mitteln der politischen, ja sogar der wirtschaftlichen und militärischen Erpressung greift, um ihre chauvinistische Großmachtpolitik gegenüber Schwächeren durchzusetzen?

Albanien hat es wahrlich nicht leicht gehabt. Durch den Raubbau der Eroberer stark zurückgeblieben lebte das Land in bitterster Armut. Es gab dort noch vor 25 Jahren weder Industrie noch Eisenbahnen, es gab nicht einmal elektrisches Licht außer einen kleinen Dieselaggregat in Tirana, das etwas Strom erzeugte. Inzwischen haben sich die Dinge gründlich geändert. Eisenbahnstrecken durchziehen das Land. Das Straßennetz wurde ausgebaut. Der Kampf um die Elektrifizierung des Landes macht weitere Fortschritte. Die schon jetzt sich abzeichnende bedeutend vorfristige Fertigstellung des großen Wasserkraftwerks an der Drina im Jahre 1971 eröffnet nicht nur die Möglichkeit der vollständigen Elektrifizierung Nordalbaniens, sondern schafft die reale Perspektive, noch im Jahr 1971 das letzte albanische Dorf mit elektrischem Strom zu versorgen. Damit wird die Elektrifizierung aller albanischen Dörfer und Siedlungen, die ursprünglich für das Jahr 1985 geplant war, um 14 Jahre vor dieser Frist erreicht werden!

Es gäbe noch viel zu berichten, über die fortschreigende Industrialisierung des Landes, das erste Stahlwerk, das im vorletzten Jahr die Produktion aufnahm, die moderne Erdölraffinerie, Kunstdünger-, Textilkombinate, die geologische Erschließung des Landes, die Förderung von Erdöl, Eisen-, Nickel-, Kupfer- und Cromerzen, die im Lande verarbeitet werden und teilweise (Chrom) schon zu einem beträchtlichen Faktor des albanischen Exports geworden sind, die fortschreitende Kollektivierung der Landwirtschaft usw., doch leider reicht der Platz nicht aus. Beschränken wir uns auf das, was einem Besucher Albaniens, der offenen Auges das Land durchquert, besonders auffällt.

Der Genosse Günter Ackermann, der im November vergangenen Jahres in Albanien weilte, schreibt dazu: "Was mich besonders beeindruckte, ist die untrennbare Vereinigung von Volk und Partei. Man sagt dort nicht 'die Partei', sondern 'unsere Partei'. Das Volk, vor seiner Befreiung in Unwissenheit gehalten, ist

---

"Das heroische Volksalbanien ist ein großes sozialistisches. leuchtendes Wahrzeichen Europas geworden. Mit Euch verglichen sind die revisionistische Führungsclique der Sowjetunion, die jugoslawische Tito-Clique, Renegaten- und Arbeiterverräterklüngel aller Schattierungen nichts anderes als ein Häufchen Löß. Ihr dagegen seid bis in den Himmel emporragende Berge."

Mao Tse-tung in seinem Glückwunschtelegramm an den V. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

---

sehr lernbegierig. Die Kinder werden nach den modernsten Lehrmethoden unterrichtet. An der Universität in Tirana, deren Professoren alle Albaner sind, studieren heute schon Afrikaner. Besonderer Wert wird auf die ideologische Schulung der Massen gelegt, und diese sind auch bereit, sich schulen zu lassen. Während beispielsweise das politische Desinteresse der Massen in der DDR ständig wächst, man sich möglichst wenig um den Staat kümmert, dafür aber um so mehr ums 'viel Geld verdienen', den Trabant oder Wartburg, ist es in Albanien genau umgekehrt. Nicht, daß die Menschen dort nicht besser leben wollten - nur wollen sie es gemeinsam und nicht der eine auf Kosten des anderen. Wenn in der DDR politische Filme und Theaterstücke aufgeführt werden, so herrscht im Kino oder Theater oft gähnende Leere. In Albanien erlebte ich selbst, daß anläßlich der Aufführung eines politischen Stückes das Theater überfüllt war und Hunderte noch vor der Tür standen und keine Karten mehr bekamen.

Auch Albanien führt seine Kulturrevolution durch. Auf den Straßen, in den Fabriken und LPG's sind Tafeln angebracht, auf denen die Menschen Kritik üben. Man nennt sie dort 'Fleet Rruffe', zu deutsch: Blitzbriefe. Ich habe mir einige dieser Blitzbriefe übersetzen lassen, und es wurde darin oft sehr harte Kritik geübt. So wurde der Direktor einer [illegible] in der Nähe Tiranas durch die Kritik an seiner Haltung den Arbeitern gegenüber in Fragen des Unfallschutzes von den Arbeitern abgesetzt. Er arbeitet nun als Bergmann unter Tage."

Die sich in Albanien kräftig entfaltende Revolutionsbewegung ist eine große Massenbewegung. In dieser Bewegung setzt die Partei der Arbeit Albaniens, die marxistisch-leninistische Massenlinie durch, entschlossen den Massen vertrauend, sich auf die Massen verlassend. die

Massen kühn mobilisierend und die revolutionäre Schöpfungskraft der Massen tatkräftig entfaltend. Diese Revolution kämpft gegen den Bürokratismus und die Sonderrechte von Funktionären, die das Ergebnis der Isolierung von den Massen sind. Sie hat das Ziel, mit allen den Menschen vergiftenden rückständigen Gewohnheiten, Bräuchen und religiösem Aberglauben aufzuräumen. Mit Recht ist Albanien stolz darauf, der erste atheistische Staat der Welt zu sein!

Im Zuge der Revolutionierungsbewegung wurde von der PdAA mit Unterstützung der breiten Volksmassen eine Reihe bedeutungsvoller Reformen durchgeführt. Zum Beispiel: Teilnahme der Funktionäre an der körperlichen Arbeit; Auswechseln der Funktionäre im Turnus; Verringerung der Unterschiede zwischen den Lohnstufen; Herabsetzung der Anzahl privater Grundstücke und der privaten Viehbestände und anderes. Nun ist es beispielsweise bei der Teilnahme an körperlicher Arbeit durch die Funktionäre beileibe nicht so, daß es hier irgendwelche Ausnahmen gibt. Auch Enver Hoxha, 1. Sekretär des ZK der PdAA oder Mehmet Shehu, Vorsitzender des Ministerrates müssen einen Monat im Jahr körperlich arbeiten. Und körperlich heißt nicht etwa in irgendeiner Fabrik Formulare ausfüllen, sondern an der Drehbank, mit Picke und Spaten etc.

Verständlich, daß solche Reformen das Vertrauen der Massen zu Partei und Regierung stärken, wie überhaupt Begeisterung und Liebe zur Partei und zur Heimat typisch für Albanien sind. Diesem ruhmreichen Volk, seiner marxistisch-leninistischen Partei mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze, gilt auch unsere, die brüderliche Verbundenheit aller Marxisten-Leninisten Westdeutschlands. Nichts wird diese Verbundenheit zu trennen, zu stören vermögen. Gemeinsam werden wir das rote, revolutionäre Banner des Marxismus-Leninismus auch in Europa zum Siege tragen!

JAPAN: Eine gewaltige Massenbewegung

Gegen die Einrichtung eines US-Militärhospitals für Vietnam-Verwundete protestierten am 22. Februar etwa 800 Studenten der japanischen Hauptstadt. Obwohl mehr als 1500 Polizisten und "Spezialagenten" im Einsatz waren, gelang es den Studenten, die Polizeikette zu durchbrechen und sich zum Sitzstreik vor dem Hospital-Gebäude niederzulassen. US-Militär-Hospitale gibt es bereits in Yokosuka und Yokohama; doch sind diese nach den heftigen Kämpfen der letzten Wochen hoffnungslos überbelegt.

Mehrere tausend Bauern und Studenten protestierten am 26. Februar gegen die Einrichtung eines "internationalen" Flughafens für Zwecke der US-Kriegsführung (Transport von Menschen und Material nach Vietnam) bei Naveda, nahe Tokio. Den Demonstranten gelang es, mindestens 60 Polizisten außer Gefecht zu setzen.

Wenige Tage zuvor hatten in allen größeren Städten Japans Massendemonstrationen gegen die volksfeindliche Wirtschaftspolitik der Regierung Sato stattgefunden. Allein in Tokio demonstrierten nach offiziellen Angaben mehr als 200 000 Menschen.

Demonstrationen für die Rückgabe Okinawas fanden am 6. und 9. Februar in Naha und Kadena (Gebiet Okinawa) statt.

ITALIEN: Universitäten

Protestkundgebungen, Besetzung von Fakultätsgebäuden durch Studenten, Vorlesungsstreiks, Vorlesungsdiskussione, Vollversammlungen, Fakultätsschließungen und Einsatz von Polizei haben den "normalen Vorlesungsbetrieb" an den meisten italienischen Universitäten weitgehend lahmgelegt, so in Pisa, Florenz, Mailand, Turin, Padua, Triest, Siena und Rom. In Florenz beschlossen die Studenten dreier Fakultäten, die seit dem Ende Januar andauernde Besetzung ihrer Fakultätsgebäude zunächst fortzusetzen. Mit ihren Kampfaktionen protestieren die Studenten gegen die reaktionäre Struktur ihrer Universitäten, die jetzt durch eine "Hochschulreform" zementiert werden soll. In Rom kam es zur bisher blutigsten Straßenschlacht zwischen Polizei und Studenten, als die Polizei die von den Studenten besetzt gehaltenen Teile der Hochschule zu stürmen versuchten. Mehrere Polizeiwagen wurden in Brand gesetzt, und die mit Schlagstöcken und Tränengas angreifenden "Ordnungshüter" mit einem Hagel von Eiern und Steinen zurückgeschlagen.

WESTDEUTSCHLAND: Lakaien

Auf Anordnung der persischen Botschaft zog das westdeutsche "Ministerium für Entwicklungshilfe" eine Werbeschallplatte des Komikers Jürgen von Manger, "Herr Tegtmeier als Entwicklungshelfer", aus dem Verkehr. Jürgen von Manger hatte auf der in einer Auflage von 30 000 Exemplaren gepreßten Platte die gläserne Badewanne der Familie Schah durch den Kakao gezogen.

Der persische Student Hassan Massali wurde in Frankfurt zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte entgegen einer gerichtlichen Auflage den Schah beim rechten Namen genannt: "Vielfacher Mörder!" - Dem Studenten droht darüber hinaus die Auslieferung, da seine "Aufenthaltsgenehmigung" abgelaufen ist.

In Hamburg erhielt ein Student eine mehrwöchige Gefängnisstrafe, weil er versucht haben soll, den Schah während dessen Fahrt zum Rathaus mit Papierschnipseln zu bewerfen.

FEUERGEFECHT IN GUATEMALA

In Guatemala gerieten am 25. Februar Freiheitskämpfer, die eine Buchhandlung im Zentrum der Hauptstadt sprengen wollten, in ein Feuergefecht mit der Polizei. Ein Polizist wurde getötet, sechs weitere verwundet.

Radio Havanna berichtete unlängst von einer verstärkten Guerilla-Tätigkeit in Venezuela und Kolumbien. Auch für Peru prophezeite der Sender den Ausbruch neuer Kämpfe. Demgegenüber bezeichnete der gegenwärtig in Moskau lebende Generalsekretär der KP Venezuelas, Jesus Faria, die Aktionen von Guerillas auf dem lateinamerikanischen Kontinent als "lächerlich".

ZWEI, DREI, VIELE VIETNAM

Immer machtvoller entwickelt sich gegenwärtig der Volkskrieg in allen Teilen Thailands. Ausgehend vom Hochland des Nordostens ist der Funke der Rebellion rasch auf die Provinzen Süd- und Zentralthailands übergesprungen. Nunmehr sind in 25 der 71 Provinzen des Landes bewaffnete Volksstreitkräfte tätig. Sie greifen Polizeistationen und kleine Vorposten der reaktionären Streitkräfte an, sie vernichten Polizeipatrouillen und erbeuten deren Waffen, sie zerstören Bahnverbindungen und überfallen Munitionszüge, sie führen kleine Gefechte gegen isolierte Feindkräfte durch und plündern feindliche Versorgungsdepots. In einigen Provinzen des Nordostens wurden auch bewaffnete Propagandatrupps gebildet, die in die Dörfer gehen, revolutionäre Massenpropaganda machen und mit Hilfe der Bevölkerung Spitzel der Regierung, ausländische "Spezialisten" und "Missionare" sowie Regierungsbeamte liquidieren.

Heute sind schon weit über 30 000 US-Soldaten in Thailand stationiert, die unter dem Deckmantel von "Beratern" die konterrevolutionäre Kriegsführung organisieren. Für den Einsatz gegen die befreiten Gebiete haben die USA Bombenflugzeuge, Hubschrauber und Piloten zur Verfügung gestellt.

Die reaktionäre Regierung hat jetzt in 19 Provinzen des Landes das Kriegsrecht verhängt. Befreite Gebiete wurden rücksichtslos mit Bombenteppichen belegt. Ein großer Teil der aufständischen Miao-Minderheit wurde in Konzentrationslager verbracht.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es war in der Sept./Okt.-Ausgabe des ROTEN MORGEN im vergangenen Jahr, da schrieben wir in einem Artikel über das Verhalten der KPD: "Es ließe sich noch manches zu diesem Thema sagen, doch warten wir ab, bis das neue, vom Genossen Max Reimann angekündigte Parteiprogramm vorliegt, und untersuchen wir dann, ob es sich um ein marxistisch-leninistisches Parteiprogramm handelt."

Der Zeitpunkt ist da. Der Entwurf eines Programms der Kommunistischen Partei Deutschlands liegt vor. Trotz Beschlagnahme durch die Staatsorgane wurde er in zahlreichen Exemplaren verbreitet. Diese Beschlagnahme kommt den Revisionisten in der KPD nicht ungelegen. Verleiht er doch ihrem Entwurf den Nimbus des Revolutionären, des den Ausweg Aufzeigenden.

Unsere Aufgabe wird sein, vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus den Entwurf unter die Lupe zu nehmen, um zu verhindern, daß sich die Genossen der KPD,vor allem aber die Jugend, fehlorientieren. Deshalb haben wir beschlossen, den nächsten ROTEN MORGEN als Sonderausgabe in Form einer Erwiderung auf den Entwurf erscheinen zu lassen.

Doch nicht nur das. Kritisieren ist schön, wird mancher sagen, besser machen! Das heißt für uns, daß es nicht bei der Erwiderung bleiben darf, sondern daß wir, ausgehend von den Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus, ausgehend von den Lehren Mao Tse-tungs, auf westdeutsche Verhältnisse schöpferisch angewandt, unsere eigenen Vorstellungen über die Perspektive, den Weg zu einem einigen sozialistischen Deutschland entwickeln müssen. Helft uns dabei, indem Ihr Eure eigenen Gedanken und Vorschläge entwickelt, damit wir sie in einer programmatischen Erklärung zusammenfassen können. Helft uns durch Spenden die Sonderausgabe in höherer Auflage zu verbreiten. Wendet Euch zwecks Mehrbestellungen an den Verlag.

Im Zeichen der Solidarität mit dem kämpfenden Volk Vietnam standen im Monat Februar zahlreiche Haupt- und Großstädte Europas.

In Westberlin fand am 17. und 18. Februar eine Internationale Vietnamkonferenz statt, an der mehr als 4500 Gäste aus Westdeutschland und dem Ausland teilnahmen. Die Konferenz schloss mit einer Demonstration von mehr als 15000 Menschen. Im Zuge wurden Hunderte Plakate mit den Bildern Lenins, Ho Chi Minhs, Che Guevaras, Rosa Luxemburg und Karl Liebknechts sowie die roten Fahnen der Arbeiterbewegung und das blau-rote Banner der FNL mitgeführt. Auf Transparenten und in Sprechchören wurde der Rücktritt der pro-amerikanischen Schütz-Neubauer-Clique gefordert.

In Heidelberg war es drei Tage zuvor zu einer heftigen Demonstration gegen den USA-Imperialismus gekommen. Vom Amerikahaus waren die Demonstranten zum amerikanischen Hauptquartier gezogen. Sprechchöre wie "Johnson-Mörder", "Amis raus aus Vietnam" und "Desert from the Army" erklangen. Es kam zu einem Handgemenge zwischen Demonstranten und amerikanischer Militärpolizei, die später von westdeutschen Polizeibeamten unterstützt wurde.

Fast 80 000 Menschen demonstrierten am Abend des 14. Februar in den Straßen von Paris. Im Zug, der sich von der Place de la Republique zur Bastille bewegte, wurden zahlreiche rote und FNL-Fahnen sowie Bilder Ho Chi Minhs und Che Guevaras mitgeführt. Am gleichen Tag fanden Demonstrationen statt in Lyon, Marseille, Nizza und Toulouse.

Im Anschluß an eine Solidaritätskundgebung zogen am Mittag des 18. Februar etwa 4000 Einwohner Roms von der Piazza Cavour zur Piazza Barberini. Mehrere hundert Menschen, darunter viele junge Leute mit roten Fahnen und Bildern Ho Chi Minhs und Mao Tse-tungs, versuchten im Anschluß an die "genehmigte" Demonstration zur amerikanischen Botschaft zu gelangen. In Sprechchören liessen sie Ho Chi Minh und Mao Tse-tung hochleben und forderten "duo, tre, milti Vietnam!". An der Via Veneto kam es zu Zusammenstössen mit der Polizei. Den Demonstranten, die sich mit Schlagringen und Knüppeln zur Wehr setzten, gelang es, drei "Ordnungshüter" ausser Gefecht zu setzen, darunter einen hohen Polizeioffizier und einen Agenten in Zivil. Die Schaufenster der American Export Lines und der US-Luftfahrtgesellschaft TWA wurden zertrümmert.

Eine Woche zuvor hatten mehrere tausend Einwohner Mailands an einer Protestdemonstration teilgenommen. Einige hundert Demonstranten ließen sich dabei vorm amerikanischen Konsulat zum Sitzstreik nieder und legten den Verkehr lahm. Anrückende Polizei wurde mit einem Hagel von Steinen empfangen. 23 Polizisten und ein amerikanischer "Tourist" wurden verletzt, zehn von ihnen erheblich. Drei junge Arbeiter und ein Student, alle vier Mitglieder einer militanten marxistisch-leninistischen Jugendgruppe, wurden verhaftet.

Gleiwitz - Tonking - Pueblo

US-Imperialismus = Weltfeind Nr. 1

Der Fall Gleiwitz ist aktenkundig. Als Grund zur Auslösung des II. Weltkrieges benutzten die Hitler-Faschisten den von ihnen inszenierten Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz. Ebenfalls aktenkundig ist jetzt der Fall Tonking, den die US-Imperialisten benutzten, um Nordvietnam mit Bomben, Raketen und Napalm zu überfallen und in Südvietnam ihre Invasion in großem Ausmaß zu starten. Der angebliche Überfall nordvietnamesischer Torpedoboote auf den US-Zerstörer "Madox" am 2. und 4.8. 1964 erwies sich - wie der J.W. Fulbrigt-Ausschuß bewies - als Schimäre, als schamloser Betrug der Weltöffentlichkeit. Die Pläne für den Angriff auf Nordvietnam und die Resolution, die Johnson dem Kongreß nach dem angeblichen Tonking-Zwischenfall vorlegte, waren schon Monate zuvor ausgearbeitet und formuliert worden. Von gleicher Lügenhaftigkeit war vor kurzem der Fall des Spionageschiffes "Pueblo", von dem die US-Imperialisten frech behaupteten, es habe in internationalen Gewässern operiert, von dem aber feststeht, daß es im Hoheitsgebiet Nordkoreas aufgebracht wurde.

Sie, die US-Imperialisten, sind voll und ganz in die Fußtapfen der Hitler-Faschisten getreten. Ob es sich nun im Erfinden kriegsauslösender Lügenberichte handelt, ob es darum geht, friedliche Völker zu überfallen oder an Brutalität und Terror die Kriegsverbrechen der Nazis in den Schatten zu stellen.
Die faschistische Regierungsclique der USA hat sich zum Weltfeind Nr. 1 entwickelt, die mit Gewalt oder List, offen oder versteckt die Völker zu unterjochen trachtet. Schlagt diese Clique wo ihr sie trefft.

H. Günther

Vom Treffen der rosa Krebse oder zur Konsultativkonferenz in Budapest

Man braucht nicht den letzten Tag des Konsultativtreffens der sich kommunistisch nennenden Parteien in Budapest abzuwarten, um zu einer vorläufigen Einschätzung zu kommen. Es ist schon so wie der Genosse Hodxa sagte. Es bot sich das Bild einer Reihe "Krebse, die sich zur Freude der Imperialisten gegenseitig anfallen." Es dreht einem Marxisten-Leninisten das Herz im Leibe herum, wenn man sieht, was die sowjetischen Revisionisten aus dem einstmals geschlossenen Block des sozialistischen Lagers und der proletarischen Weltbewegung gemacht haben. Einen Haufen sich widerstreitender zentrifugal wirkender Interessen, Meinungen und Gegensätze, die allem anderen, nur nicht der Haltung von Marxisten-Leninisten würdig sind.

Wie lange hatte man sich sei .s der SU-Revisionisten bemüht, wie hatte man getrommelt, die "Solidarität zur Unterstützung Vietnams" und daraus sich ergebend die notwendige "Aktionseinheit" und den "Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus" beschworen, den Parteien zugesichert, niemand, auch China und Albanien nicht, sollten "exkommuniziert", keine Partei angegriffen oder beleidigt werden, um überhaupt die Konferenz zustande zu bringen.

Und dann kam sie. Von den 81 Parteien, die die Moskauer Deklarationen von 1957 und 1960 unterzeichnet hatten, erschienen ganze 67. Von den 13 in ihren Ländern regierenden kommunistischen Parteien waren nur 8 anwesend, eine lief vorzeitig weg. Es fehlten Albanien, Cuba, Indonesien, Japan, Burma, Thailand, die Niederlande und Schweden. Natürlich aus den verschiedensten Gründen. Es fehlte fast ganz Asien (nur die Mongolei, Cylon und die revisionistische Partei Indiens waren anwesend). Das augenblickliche Zentrum der Weltrevolution China sowie Nordkorea und vor allem Nordvietnam, das man doch vorgab, unterstützen zu wollen, glänzten durch Abwesenheit. Die Hälfte aller 50 Millionen Kommunisten des Erdballs waren nicht vertreten. Und geht man gar von den existierenden, sich kommunistisch oder Arbeiterparteien nennenden Parteien aus - immerhin zählt die eingeladene revisionistische KP Indiens 55 000 Mitglieder, während die nichteingeladene revolutionäre KP Indiens 75 000 Mitglieder zählt - so waren von 166 Parteien 100 dem Treffen ferngeblieben.
Doch genug der Zahlen. Zahlen allein bedeuten noch nichts. Wichtiger ist die Basis, auf der dieses Treffen vor sich ging und das Ziel, das man sich stellte. Und hier gilt, was wir in der Dezember-Ausgabe des ROTEN MORGEN schon schrieben: "Das Ziel, das erreicht werden soll, ist immer noch dasselbe. Sie (die Sowjetrevisionisten) beabsichtigen, die "Verurteilung" Chinas und Albaniens zu verkünden, die internationale revisionistische Front im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und die Revolution zu vereinigen, mit Unterstützung eines "internationalen kommunistischen Forums" ihre proimperialistischen, verräterischen Machenschaften in der Vergangenheit und ihre künftigen zu legalisieren, die Widersprüche zwischen den revisionistischen Fraktionen zum Verschwinden zu bringen und ihren schwankenden Thron im zerfallenen revisionistischen Lager wieder zu festigen." Dieses Ziel gilt auch für das einzige, auf das man sich einigen konnte, eine sogenannte Gipfelkonferenz "aller kommunistischen und Arbeiterparteien" für Ende des Jahres nach Moskau einzuberufen.

Trotz versuchter Geheimhaltung wurden die Widersprüche im revisionistischen Lager auf der Budapester Konferenz offenbar Entgegen der vorher gegebenen Zusicherung griff der sowjetische Revisionist Ponamarjew wütend die Volksrepublik China an und verlangte die Weltkonferenz solle China "exkommunizieren", Satrap Honecker und der Vertreter der polnischen Partei folgten den Spuren ihres Meistèrs, wobei Honecker in Verkennung der Lage sich auf die Erklärungen von 1957 und 1960 berief. Was natürlich wieder die Vertreter der Parteien Italiens und der CSSR auf den Plan rief, die die Beschlüsse von 1957 und 1960 für überholt erklärten und kritisierten, daß damals Jugoslawien zu Unrecht angegriffen wurde. Wobei der italienische Vertreter für eine besondere Pointe sorgte, indem er verlangte, die Gipfelkonferenz durch die Hinzuziehung "sozialdemokratischer, progressistischer und katholischer Organisationen" zu erweitern, was ihm sicher als Belohnung den Platz im Vorbereitungsausschuß der Konferenz eintrug.

Eines wurde auf diesem Treffen deutlich: Weder gelang es den Revisionisten, ihre Rivalitäten beizulegen, die dazu führen, daß jede revisionistische Gruppe ihre Interessen auf Kosten der anderen wahrzunehmen versucht, noch konnten sie der ständig wachsenden Stärke und Geschlossenheit des marxistisch-leninistischen Lagers paroli bieten